

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Kornelia Möller, Katrin Kunert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Barbara Höll und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Übertragung der im Jahr 2005 nicht genutzten Mittel der Arbeitsmarktpolitik ins Jahr 2006**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im letzten Jahr sind von 6,5 Mrd. Euro Eingliederungsleistungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG-II-Empfänger) lediglich 3,7 Mrd. Euro ausgegeben worden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

den gesetzlich möglichen Anteil nicht genutzter Eingliederungsmittel im Rechtskreis des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – SGB II (ALG-II-Empfänger) aus dem Jahr 2005 von ca. 1 Mrd. Euro zusätzlich in den neuen Haushalt der Bundesagentur für Arbeit 2006 zu überführen und für Maßnahmen der Arbeitsvermittlung im Interesse der Erwerbslosen einzusetzen. Diese zusätzlichen Mittel sind für solche Maßnahmen zu gewähren, die einen sozialversicherungspflichtigen Charakter tragen oder für solche Maßnahmen einzusetzen, die zur Förderung der beruflichen Weiterbildung beitragen.

Berlin, den 7. Februar 2006

**Sabine Zimmermann  
Kornelia Möller  
Katrin Kunert  
Dr. Gesine Löttsch  
Dr. Barbara Höll  
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

### **Begründung**

Laut dem Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sind nach vorläufigen Zahlen im Jahr 2005 lediglich 57 Prozent der zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel (Rechtskreis SGB II) ausgegeben worden. Damit gingen 2,8 Mrd. Euro im Kampf gegen Arbeitslosigkeit verloren.

Das Zweite Sozialgesetzbuch räumt mit § 46 Abs. 3 SGB II die Möglichkeit ein, dass nicht verausgabte Mittel des Eingliederungs- und Verwaltungsbudgets eines Jahres zur Hälfte auf das Folgejahr übertragbar sind. Die zu übertragenden Mittel dürfen dabei einen Betrag von 10 Prozent der Ansätze des laufenden Jahres nicht überschreiten. Bezogen auf den Entwurf des Haushalts der Bundesagentur für Arbeit von etwa 10 Mrd. Euro (einschließlich Verwaltungstitel) können damit Mittel im Umfang von ca. 1 Mrd. Euro aus dem Jahr 2005 in das Jahr 2006 übertragen werden.

Meint es die Bundesregierung mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit ernst, muss sie einen größtmöglichen Teil dieser Mittel zusätzlich der aktiven Arbeitsmarktpolitik zukommen lassen statt mit diesen zweckentfremdet das Haushaltsloch zu stopfen.